

2. Aufhebung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenzen, um auch die Bezieher sehr hoher Einkommen in das solidarische System einzubeziehen. Die Beitragsbemessungsgrenze soll in einem ersten Schritt zunächst auf die Höhe der gesetzlichen Rentenversicherung von 5100 Euro angehoben werden.

3. Verbreiterung der Einnahmeseite durch Einbeziehung weiterer Einkünfte – auch von Zins- und Kapitalerträgen und von Mieten und Pachten. Auch kleine Selbstständige und Beamtinnen und Beamte müssen einbezogen werden.

4. Einführung von Positivlisten und einer gesetzlichen Preisbindung von Medikamenten, um der Preis- und Profittreiberei der Pharmaindustrie einen Riegel vorzuschieben.

5. Finanzierung versicherungsfremder Leistungen über Steuern statt über Sozialversicherungsbeiträge.

6. Beibehaltung des angemessen hohen Leistungsniveaus der gesundheitlichen Versorgung und Ausbau der Prävention, um die Entwicklung hin zu einer Zwei-Klassen-Medizin zu stoppen.

7. Erstklassige medizinische Versorgung für alle Versicherten auch auf dem Lande mit einer hohen und wohnortnahen medizinischen Versorgungsqualität.

8. Sicherung einer menschenwürdigen Pflege und Verhinderung von Privatisierungsbemühungen in der Pflegeversicherung.

9. Umstellung der Zertifizierungssysteme der Altenheime auf Förderung menschenwürdiger und ganzheitlicher Pflege und Betreuung.

10. Beibehaltung der Unabhängigkeit des medizinischen Dienstes von den Krankenkassen, um Missbrauch durch die Krankenkassen zum Beispiel bei der Einstufung in Pflegeklassen auszuschließen.

Wir IG BAU-Seniorinnen und -Senioren stehen ein für ein sozial gerechtes Gesundheitssystem, in dem sich alle entsprechend ihrer Einkünfte und ihres Wohlstands beteiligen. Wir lehnen die Kopfpauschale mit aller Macht ab! Deshalb beteiligen wir uns zusammen mit Menschen aus Wohlfahrts- und Sozialverbänden und den sozialen Bewegungen an den Aktivitäten des „Aktionsbündnisses gegen Kopfpauschale“.

Aufforderung:

Kopfpauschale stoppen!

Die Pläne der schwarz-gelben Koalition müssen vom Tisch



Internet

www.stoppauschale.de

Sozialwahlen 2011

IG BAU- oder DGB-Listen wählen

Impressum

Herausgeber:

IG Bauen-Agrar-Umwelt, Vorstandsbereich VI,
Olof-Palme-Straße 19, 60439 Frankfurt

Redaktion, Gestaltung und Druck: IG Bauen-Agrar-Umwelt

Kontakt

IG BAU-Bundesseniorenvorstand, Arbeitsgruppe Seniorenpolitik, Leiter: Kurt Michaelis, E-Mail: kurt@michaelis-clan.de

Stand: Oktober 2010

STOPPAUSCHALE
BÜNDNIS FÜR EIN GERECHTES
GESUNDHEITSWESEN

Kopfpauschale stoppen

**Die Pläne der schwarz-gelben
Koalition müssen vom Tisch**



Eine Information der IG BAU-Seniorinnen und -Senioren zu den aktuellen gesundheitspolitischen Plänen der Bundesregierung

- Der Zugang zu erstklassigen Gesundheits- und Pflegeleistungen ist ein Menschen- und Bürgerrecht – er darf nicht vom Einkommen abhängig werden.
- Das Vorhaben, eine Kopfpauschale einzuführen, wird von uns vehement abgelehnt, weil es Menschen mit geringem Einkommen besonders stark belastet.

Wir Seniorinnen und Senioren in der IG BAU sind in großer Sorge, dass sich Menschen, die arm sind, bald keine erstklassige Gesundheits- und Pflegeversorgung mehr leisten und früher sterben könnten!

Wir protestieren daher gegen folgende Pläne der schwarz-gelben Koalition:

- Der Arbeitgeberbeitrag soll bei 7,3 Prozent eingefroren werden. Der Arbeitnehmerbeitrag soll hingegen mit 8,2 Prozent deutlich höher liegen und in den nächsten Jahren weiter ansteigen.
- Auch die übrigen Mehrbelastungen der Arbeitnehmer – unter anderem Zuzahlungen und Praxisgebühren – sollen weiter bestehen bleiben.
- Die bereits bestehenden Zusatzbeiträge sollen in Kopfpauschalen umgewandelt werden. Die Versicherten sollen alle zukünftigen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen alleine schultern.
- Die Kopfpauschale würde Geringverdienerinnen und -verdiener und Rentnerinnen und



**SOLIDARISCH
STATT
PAUSCHALE.**



Rentner besonders stark belasten. Die Sekretärin oder der Rentner sollen die gleiche Pauschale zahlen wie der Bauleiter, obwohl er ein viel höheres Einkommen hat. Die solidarische und paritätische Finanzierung des Gesundheitswesens soll aus den Angeln gehoben werden.

Um die grobe Ungerechtigkeit ihrer Pläne zu vertuschen, wirbt die schwarz-gelbe Koalition mit einem komplizierten „Sozialausgleich“.

Aber der angebliche „Sozialausgleich“ ist eine Mogelpackung:

- Bei einer Kopfpauschale in Höhe von 20 Euro würden 31 Prozent aller Rentnerinnen- und Rentnerhaushalte abhängig werden von einem „Sozialausgleich“. Ihnen drohen dann entwürdigende Einkommens- und Bedürftigkeitsprüfungen durch die Sozialbehörden.
- Bei einer monatlichen Kopfpauschale der eigenen Krankenkasse von 25 Euro, einem eigenen Einkommen von 1000 Euro und einer bundesdurchschnittlichen Kopfpauschale von 25 Euro würden davon nur 5 Euro ausgeglichen werden. Den Versicherten verbliebe eine zusätzliche Belastung von 20 Euro.
- Bei einer monatlichen Kopfpauschale der eigenen Krankenkasse von 45 Euro, einem Einkommen von 1000 Euro und einer bundesdurchschnittlichen Kopfpauschale von

25 Euro würden ebenfalls nur 5 Euro ausgeglichen werden. Dem Versicherten beziehungsweise der Versicherten verbliebe eine zusätzliche Belastung von 40 Euro und damit von zusätzlichen vier Prozent des eigenen Einkommens.

- Bei einer bundesdurchschnittlichen Kopfpauschale von 50 Euro würden 72 Prozent aller Versicherten in den „Sozialausgleich“ rutschen. Die gesetzliche Krankenversicherung würde für die Mehrheit der mittleren und unteren Einkommensbezieher und die übergroße Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner in ein Sozialhilfesystem umgewandelt. Erworbenene Rechtsansprüche auf Sozialversicherungsleistungen würden durch Fürsorgeleistungen nach ‚Kassenlage‘ ersetzt.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Rentnerinnen und Rentner haben deshalb ein großes Interesse an

- einer solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems,
- einer wohnortnahen hohen Versorgungsqualität in der Fläche,
- einem gerechten Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Gutverdienenden und Geringverdienenden, zwischen Gesunden und Kranken und zwischen Jungen und Alten.

Wir Seniorinnen und Senioren in der IG BAU erheben daher zehn gesundheitspolitische Forderungen:

1. Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer.